

1 **Antragstitel: Kommunalabgabengesetz (KAG) reformieren: Bürger**
2 **entlasten, haushaltspolitisch seriös bleiben**

3
4
5
6 **1. KAG reformieren**

7
8 In den letzten Jahren sind die Kosten für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen überdurchschnittlich
9 stark gestiegen. Das wirkt sich u.a. auf die zu zahlenden Straßenausbaubeiträge nach Kommu-
10 nalabgabengesetz (KAG) aus. Die Kostensteigerungen haben in manchen Orten zu unverhält-
11 nismäßigen Belastungen geführt. Die Freien Demokraten NRW sehen darum Reformbedarf.

- 12
13
 - Wer bezahlt, muss mitreden dürfen: Die Kommunen sollen vor Ausbaumaßnahmen zu einer frühzeitigen Beteiligung der Anwohner verpflichtet werden. Im Rahmen dieser Beteiligung sind die Maßnahmen, die damit verbundenen Ziele und die Kosten vorzustellen. Findet eine solche Beteiligung nicht statt, verliert die Kommune das Recht, Beiträge zu erheben.
 - Eigentümer sollen einen Rechtsanspruch auf Ratenzahlung bekommen. Zahlungen sollen zu möglichst niedrigen Zinsen auf 20 Jahre verteilt werden.
 - Für Sonderfälle wie z.B. Eckgrundstücke müssen Doppelbelastungen ausgeschlossen werden.
 - Es braucht eine rechtssichere Härtefallregelung, damit Eigentümer finanziell nicht überfordert werden.
 - Darüber hinaus soll geprüft werden, ob im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Kommunen zukünftig selbst über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach dem KAG entscheiden können.

14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28 Die Abrechnung nach KAG erfolgt aktuell nach einer unverbindlichen Mustersatzung der Kom-
29 munalen Spitzenverbände. Die Freien Demokraten sehen in einer landesweit verbindlichen
30 Mustersatzung eine Chance, die Akzeptanz für das Kommunalabgabengesetz zu erhöhen.

31
32 **2. Kommunale Investitionsfähigkeit stärken**

33
34 Der Landesparteitag begrüßt vor dem Hintergrund des kommunalen Investitionsstaus die Ein-
35 führung der Unterhaltungs- und Aufwandspauschale in Höhe von 120 Millionen Euro für die
36 nordrhein-westfälischen Kommunen mit dem GFG 2018. Die Landesregierung wird aufgefor-
37 dert, die Pauschale beizubehalten und angemessen weiterzuentwickeln.

38
39 Die NRW-Koalition hat im Koalitionsvertrag vereinbart, den Stärkungspakt Stadtfinanzen zu
40 einer kommunalen Altschuldenhilfe weiterzuentwickeln. Eine solche Altschuldenhilfe würde
41 Planungssicherheit und neue Spielräume für Kommunen schaffen, gerade auch für Investitionen
42 in die eigene Infrastruktur.

43
44 Mit der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) hat die NRW-
45 Koalition zum 01.01.2019 Anreize für Kommunen geschaffen, verstärkt in die eigene Infrastruk-
46 tur zu investieren.

47
48 **3. Infrastruktur hat auch kommunal Priorität**

49
50 Eine gesunde Infrastruktur ist das Fundament unseres Wohlstandes. Die Freien Demokraten
51 streiten darum auf allen politischen Ebenen für die sachgerechte Instandhaltung und den be-
52 darfsgerechten Ausbau unserer Infrastruktur. Kurzfristig mögen Einsparungen bei Investitionen
53 in die Infrastruktur Spielraum im Haushalt schaffen. Mittel- und langfristig wird die Politik von
54 solchen Entscheidungen zu höheren Preisen wieder eingeholt. Straßen müssen darum so unter-
55 halten werden, dass eine möglichst lange Lebensdauer ermöglicht wird.